

«Das ist ein empfindlicher Dämpfer»

Wirtschaftspolitik Daniel Knecht, Präsident der Industrie- und Handelskammer, verteidigt sie

Auch wenn Daniel Knecht, Präsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK), bedauert, dass der Planungsbericht Wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik vom Grossen Rat verschmäht wurde: Sorgen macht ihm mehr das Signal, das damit ausgesendet wurde, als die Sache selbst. Trotzdem begrüsst er, dass die Regierung wirtschaftspolitisch am Ball bleibt.

BALZ BRUDER

Herr Knecht, waren Sie überrascht, als Sie hörten, dass der Grossen Rat den Planungsbericht Wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik bach-ab geschickt hat?

Daniel Knecht: Ja, ich war überrascht, dass der Planungsbericht in Bausch und Bogen abgelehnt wurde. Ich war davon ausgegangen, dass das Papier vom Grossen Rat verbessert, aber genehmigt wird. Denn ich beurteilte es grundsätzlich als positiv, dass die Wirtschaftspolitik endlich ein prioritäres Thema für die Regierung wurde und hoffte, dass sich das Parlament dieser Haltung anschliessen würde.

Bedauern Sie als AIHK-Präsident, dass der Aargau – abgesehen von der Verfassung – nach wie vor über keine wirtschaftspolitischen Leitplanken verfügt?

Knecht: Ja, das bedaure ich. Und zwar weniger wegen des Planungsberichts an sich, sondern des Signals wegen, das mit der Ablehnung ausgesendet wurde. Nachdem es in jüngerer Vergangenheit gelungen war, innerhalb und ausserhalb des Kantons eine wirtschaftspolitische Aufbruchstimmung spürbar werden zu lassen, erhielt die Regierung, die das Dossier zur Chefsache erklärt hatte, einen empfindlichen Dämpfer. Das ist schlecht für die Ausstrahlung.

Der Regierungsrat hat signalisiert, er wolle nun von der Planungs- direkt in die Umsetzungsphase wechseln und ein Standortförderungsgesetz ausarbeiten. Eine nachvollziehbare Reaktion?

Knecht: Der Regierungsrat hat in der Sache seinen Führungsan-

spruch kundgetan und ist aufgrund einer unheiligen politischen Allianz im Grossen Rat gescheitert. Will die Regierung ihre Verantwortung für die Wirtschaftspolitik weiter wahrnehmen, finde ich es richtig, wenn die Exekutive ihre Politik nun konkretisiert. Dies umso mehr, als die Legislative im Gesetzgebungsverfahren ohnehin wieder zum Zug kommen wird. Ohne die Mitwirkung und Zustimmung des Parlaments wird nichts gehen.

Welche Erwartungen hat die Aargauer Wirtschaft an eine kantonale Wirtschaftspolitik? Beziehungsweise: Braucht es eine solche denn überhaupt?

Knecht: Ja, natürlich braucht es eine solche. Denn eine florierende Wirtschaft schafft Arbeitsplätze und zahlt Steuern, damit der Staat seine Aufgaben wahrnehmen kann. Was wir erwarten, sind Rahmenbedingungen, die eine positive Umfeldentwicklung für unternehmerisches Handeln erlauben. Dabei geht es zum einen um Infrastrukturen von Bildung bis Verkehr, zum andern aber auch um schlanke Verfahren und möglichst wenig Administration und Staatsdirigismus.

Das heisst: Sie wollen zwar eine Rahmenpolitik, aber keinen Staatsinterventionismus.

Knecht: Das ist genau so. Der Staat sollte seine Möglichkeiten in der Wirtschaftspolitik nicht überschätzen. Es ist unsere Auffassung, dass die beste Durchmischung der Wirtschaft stattfindet, wenn sowohl für bestehende als auch für neue Unternehmen im Kanton möglichst gute Bedingungen für die Entfaltung der unternehmerischen Aktivität bestehen. Denn es kann nicht sein, dass ein Unternehmer seine Energie damit verbraucht, sich Gedanken darüber zu machen, wie er an möglichst viele staatliche Subventionen kommt. Er soll seine Zeit für seine Produkte, Kunden und Mitarbeiter einsetzen können.

Worin besteht für die Aargauer Volkswirtschaft in den kommenden Jahren die grösste Herausforderung?

Knecht: Das ist eindeutig die Bewältigung des Strukturwandels von der Industrie- zur Dienstleistungs-



ZUR PERSON

Der 51-jährige Daniel Knecht ist seit diesem Frühling Präsident der Aargauischen Industrie- und Handelskammer, welche die Interessen von 1342 Mitgliedsfirmen vertritt. Die von ihm geführte Knecht Brugg Holding ist in den Bereichen Tiefbau, Transporte, Haustechnik und Recycling tätig und erzielt mit 170 Mitarbeitern einen Umsatz von knapp 40 Millionen Franken pro Jahr. (BBR.)

und Wissensgesellschaft. Da haben wir im Aargau ein Problem, das an der unterdurchschnittlichen Entwicklung des Pro-Kopf-Einkommens und an der Wertschöpfung pro Arbeitsplatz ablesbar ist. Einer der Gründe für den weniger als durchschnittlichen Profit, den der Aargau aus dem Wirtschaftswandel zu ziehen vermag, ist das Fehlen eines Gravitationszentrums im Kanton. Das wird zum Beispiel spürbar, wenn es um die Ansiedlung von wissensbasierten oder internationalen Unternehmen geht.

Eine Zentrenbildung im Kanton muss deshalb unbedingt sein. Und es braucht auch ein gutes Standortmarketing, denn die Markenbildung ist in diesem Bereich sehr wichtig. Allerdings stellt sich hier die Frage, auf welchem Weg das beste Marketing für den Standort zu erreichen ist. Und vergessen wir darob nicht, dass es in erster Linie immer darum gehen muss, bestehende Betriebe im Kanton nicht zu verlieren. Das ist auch die vornehmste Aufgabe einer kantonalen Wirtschaftspolitik.